



HESSISCHER LANDTAG

11. 02. 2020

HAA

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Hessische Straßen- und Schienenprojekte ins Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz des Bundes aufnehmen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der Deutsche Bundestag das sogenannte Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetzes beschlossen hat. Darin wird festgelegt werden, dass das Parlament durch Gesetz die Genehmigung von Infrastrukturprojekten beschließen kann. In dem beschlossenen Gesetz sind bislang ausschließlich Bahnstrecken und Wasserstraßen aufgelistet. Es ist jedoch beabsichtigt, dass dieses Instrument auch für die Planung von Straßen genutzt werden soll.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Fertigstellung des letzten Teilstücks der A 44 bei Kaufungen eine enorm wichtige Bedeutung für Hessen und Thüringen hat. Die gesamte Autobahn verliert an volkswirtschaftlichem Wert, wenn die Fertigstellung dieses einen Teilstücks weiter zeitlich verzögert wird. Die Entwicklung der gesamten nordhessischen Region im hessisch-thüringischen Grenzgebiet kann nur dann von der A 44 profitieren, wenn diese vollständig zu Ende gebaut ist. Außerdem steht zu befürchten, dass weitere Verzögerungen den bereits teuren Autobahnbau noch weiter verteuern werden. Dazu kommen die wechselnden Zuständigkeiten zwischen Hessen Mobil und dem Bund durch den Übergang der Planung in die Bundesfernstraßengesellschaft.
3. Der Landtag stellt weiterhin fest, dass Hessen im Fernverkehr der Deutschen Bahn eine äußerst wichtige Rolle innehat. Viele Verspätungen und Kapazitätsengpässe entstehen durch fehlende Infrastruktur in Hessen. Insbesondere die Strecken Frankfurt - Fulda und Frankfurt - Mannheim müssen dringend entsprechend dem Bedarf für den Fernverkehr neu oder ausgebaut werden.
4. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, im Rahmen des Bundesratsverfahrens darauf hinzuwirken, dass die A 44 sowie die Fernverkehrsverbindungen Frankfurt - Fulda und Frankfurt - Mannheim in das Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz aufgenommen werden und dass die Planungen der genannten Projekte im Wege eines Maßnahmengesetzes vorbereitet werden.

Wiesbaden, 11. Februar 2020

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock